

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Innenausschuss

10. Sitzung am 01.12.2016
– Öffentliche Sitzung –

Protokoll – Teil 1 –

| | Beginn der Sitzung: | Ende der Sitzung: |
|----------------------------|------------------------|------------------------|
| Öffentliche Sitzung: | 14:00 Uhr 15:00 Uhr | 14:20 Uhr 15:07 Uhr |
| Nicht öffentliche Sitzung: | 14:20 Uhr | 14:22 Uhr |
| Vertrauliche Sitzung: | 14:22 Uhr | 15:00 Uhr |

Tagesordnung:

1. Wahl einer oder eines stellvertretenden Vorsitzenden
2. Budgetbericht der Landesregierung zum 30. Juni 2016
Bericht (Unterrichtung)
Landesregierung
– Drucksache 17/1462 –
3. Aktueller Stand des Verkaufsverfahrens des Flughafens
Frankfurt-Hahn
Antrag nach § 76 Abs. 4 Vorl. GOLT
Ministerium des Innern und für Sport
– Vorlage 17/591 –

Ergebnis:

- Wahl erfolgt
(S. 5)
- Kenntnisnahme
(S. 6)
- Erledigt; siehe auch Teil 2
des Protokolls
(S. 3; 7 – 10)

Tagesordnung (Fortsetzung):

- | | |
|--|--|
| 4. Verbliebene Bieter für den Kauf des Flughafens Frankfurt-Hahn Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der AfD – Vorlage 17/603 – | Erledigt; siehe auch Teil 2 des Protokolls (S. 3; 7 – 10) |
| 5. Stand des Verkaufsverfahrens des Flughafens Frankfurt-Hahn Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der CDU – Vorlage 17/631 – | Erledigt; siehe auch Teil 2 des Protokolls (S. 3; 7 – 10) |
| 6. Beendigung der Auftragsvereinbarung des Landes Rheinland-Pfalz mit KPMG Antrag nach § 76 Abs. 4 Vorl. GOLT Ministerium des Innern und für Sport – Vorlage 17/646 – | Erledigt; siehe auch Teil 2 des Protokolls (S. 3; 7 – 10) |
| 7. Auflösung der islamistischen Vereinigung „Die wahre Religion“ Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der AfD – Vorlage 17/595 – | Erledigt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung (S. 4) |
| 8. Großrazzia gegen die Vereinigung „Die wahre Religion“ Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der CDU – Vorlage 17/598 – | Erledigt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung (S. 4) |
| 9. Stand der Planungen zum Bau der Mittelrheinbrücke Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der CDU – Vorlage 17/600 – | Berichterstattung; erledigt mit der Maßgabe der schriftlichen Beantwortung (S. 11) |
| 10. Fachtagung: Prävention salafistischer Radikalisierung Jugendlicher in der kommunalen Praxis Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der SPD – Vorlage 17/614 – | Erledigt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung (S. 4) |
| 11. Bei Computersystemen deutscher Sicherheitsbehörden bestehen große Defizite Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT Fraktion der AfD – Vorlage 17/624 – | Erledigt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung (S. 4) |
| 12. Projekt Gesünderes Arbeiten in der Polizei Antrag nach § 76 Abs. 4 Vorl. GOLT Ministerium des Innern und für Sport – Vorlage 17/641 – | Erledigt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung (S. 4) |
| 13. Aktueller Sachstand eines Disziplinarverfahrens beim Polizeipräsidium Trier mit Bezug zur sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ Antrag nach § 76 Abs. 4 Vorl. GOLT Ministerium des Innern und für Sport – Vorlage 17/684 – | Erledigt (S. 12) |

10. Sitzung des Innenausschusses am 01.12.2016
– Öffentliche Sitzung –
– Teil 1 –

Herr Vors. Abg. Hüttner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zur Tagesordnung:

Der Ausschuss kommt überein, die **Punkte 3, 4, 5** und **6** der Tagesordnung

3. Aktueller Stand des Verkaufsverfahrens des Flughafens Frankfurt-Hahn

Antrag nach § 76 Abs. 4 Vorl. GOLT
Ministerium des Innern und für Sport
– Vorlage 17/591 –

4. Verbliebene Bieter für den Kauf des Flughafens Frankfurt-Hahn

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der AfD
– Vorlage 17/603 –

5. Stand des Verkaufsverfahrens des Flughafens Frankfurt-Hahn

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/631 –

6. Beendigung der Auftragsvereinbarung des Landes Rheinland-Pfalz mit KPMG

Antrag nach § 76 Abs. 4 Vorl. GOLT
Ministerium des Innern und für Sport
– Vorlage 17/646 –

zusammen aufzurufen und zu beraten.

Ferner kommt der Ausschuss überein, dass die Tagesordnungspunkte abweichend von § 82 Abs. 1 Satz 2 Vorl. GOLT wörtlich protokolliert werden.

10. Sitzung des Innenausschusses am 01.12.2016
– Öffentliche Sitzung –
– Teil 1 –

Der Ausschuss beschließt darüber hinaus, die **Punkte 7 und 8** sowie die **Punkte 10, 11 und 12** der Tagesordnung

- 7. Auflösung der islamistischen Vereinigung „Die wahre Religion“**
Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der AfD
– Vorlage 17/595 –

- 8. Großrazzia gegen die Vereinigung „Die wahre Religion“**
Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/598 –

- 10. Fachtagung: Prävention salafistischer Radikalisierung Jugendlicher in der kommunalen Praxis**
Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der SPD
– Vorlage 17/614 –

- 11. Bei Computersystemen deutscher Sicherheitsbehörden bestehen große Defizite**
Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der AfD
– Vorlage 17/624 –

- 12. Projekt Gesünderes Arbeiten in der Polizei**
Antrag nach § 76 Abs. 4 Vorl. GOLT
Ministerium des Innern und für Sport
– Vorlage 17/641 –

gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 der Vorl. Geschäftsordnung des Landtags mit Einverständnis der Antragstellenden und der Landesregierung mit der Maßgabe für erledigt zu erklären, dass die Landesregierung dem Ausschuss schriftlich berichtet.

10. Sitzung des Innenausschusses am 01.12.2016
– Öffentliche Sitzung –
– Teil 1 –

Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl einer oder eines stellvertretenden Vorsitzenden

Der Ausschuss wählt **Herrn Abgeordneten Uwe Junge** einstimmig
zum **Stellvertretenden Vorsitzenden**.

10. Sitzung des Innenausschusses am 01.12.2016
– Öffentliche Sitzung –
– Teil 1 –

Punkt 2 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 30. Juni 2016

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/1462 –

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 17/1462 –
Kenntnis (siehe Vorlage 17/714).

Punkte 3, 4, 5 und 6 der Tagesordnung:

3. Aktueller Stand des Verkaufsverfahrens des Flughafens Frankfurt-Hahn

Antrag nach § 76 Abs. 4 Vorl. GOLT
Ministerium des Innern und für Sport
– Vorlage 17/591 –

4. Verbliebene Bieter für den Kauf des Flughafens Frankfurt-Hahn

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der AfD
– Vorlage 17/603 –

5. Stand des Verkaufsverfahrens des Flughafens Frankfurt-Hahn

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/631 –

6. Beendigung der Auftragsvereinbarung des Landes Rheinland-Pfalz mit KPMG

Antrag nach § 76 Abs. 4 Vorl. GOLT
Ministerium des Innern und für Sport
– Vorlage 17/646 –

Herr Vors. Abg. Hüttner: Ich denke, in Anbetracht dessen, dass zu dem Thema jeder einen Antrag gestellt hat, benötigen wir keine Antragsbegründung. – Doch, benötigen Sie eine Antragsbegründung? Herr Abgeordneter Licht, wenn Sie das machen möchten, haben Sie natürlich das Wort. – Bitte schön.

Herr Abg. Licht: Herr Vorsitzender, ich komme zur Antragsbegründung. Darin möchte ich einen Verfahrensvorschlag einbauen. Wie ich hörte, hat heute Morgen der Haushalts- und Finanzausschuss schon sehr umfangreich diskutiert. Aber mir ist natürlich nicht bekannt, was beschlossen oder nicht beschlossen wurde. Sollte es Verfahrensbeschlüsse geben, müssen wir sie hier nicht noch einmal neu fassen. Allerdings ist der Innenausschuss nicht eingebunden gewesen. Deshalb kenne ich die Beschlüsse nicht. Ich weiß nicht, ob es welche im öffentlichen Teil gab oder ob es welche im nicht öffentlichen Teil gab. Deshalb bitte ich die Landesregierung, uns darüber zu informieren, was im Haushalts- und Finanzausschuss möglicherweise beschlossen worden ist. Erst danach kann ich entscheiden, ob wir hier kurz oder doch lang berichten und fragen müssen.

Herr Vorsitzender, ich halte es darüber hinaus für wichtig, Folgendes hier noch einmal zu betonen: Die Mitteilung an die Öffentlichkeit war, dass den Abgeordneten der Auflösungsvertrag vertraulich hinterlegt wurde. Nach der ersten Einsichtnahme wissen wir aber, dass es sich bei dem hinterlegten Dokument um eine Interpretation des Ministeriums handelte und nicht um die Originalvereinbarung. Erst nachdem wir darum gebeten haben, ist die eigentliche Vereinbarung hinterlegt worden. Für die Zukunft möchte ich wirklich darum bitten, dass von vornherein die Originale hinterlegt werden.

In der Öffentlichkeit waren schon Zahlen zu lesen. Diese Zahlen, 1,3 Millionen Euro insgesamt, sind über die Presse kommuniziert worden. Es handelt sich um Forderungen in Höhe von 1,3 Millionen Euro und um Pi mal Daumen 850.000 Euro, auf die wohl verzichtet worden sein soll. Demnach wären noch 450.000 Euro zu zahlen. Da diese Zahlen alle bereits öffentlich sind, kann ich, ohne aus den vertraulichen Dingen zu berichten, hier nachfragen. Ich frage, ob über diese zu zahlenden 450.000 Euro weitere mehrere Hunderttausend Euro bezahlt wurden oder noch zu zahlen sind. Damit gäbe es dann doch keinen Verzicht von 850.000 Euro. Kann man dazu schon im öffentlichen Teil etwas sagen?

Da die Tagesordnungspunkte zusammengefasst sind, muss ich auch zu den anderen Punkten noch einmal deutlich machen: Es geht um den Stand des Verkaufsverfahrens. Nun ist es öffentlich, deshalb müssen wir gar nicht darum herumreden, wer die Bieter sind. Das ist einmal die ADC, das ist – um es einmal so auszudrücken – die Pang-Gruppe, und das ist zum Dritten die Henan American Machinery Inc. In der Presse war am 16. September unter der Überschrift „Geheimnisvolles Konsortium“ zu lesen – ich zitiere: „Den zweithöchsten Kaufpreis bot die Henan American Machinery Inc., jenes chinesisch-

10. Sitzung des Innenausschusses am 01.12.2016
– Öffentliche Sitzung –
– Teil 1 –

amerikanisches Konsortium, dessen Name stets geheim geblieben war. Ihr Gebot wird mit 8,25 Millionen Euro beziffert. Die gewährten Betriebsbeihilfen liegen bei 25,1 Millionen Euro, die Investitionsbeihilfen bei 22 Millionen Euro. Als strategische Partner werden Hainan Airlines und China Southern Airline genannt. (...), hieß es.“

Warum sage ich das jetzt? Herr Minister, ich bitte Sie, das nicht falsch zu verstehen. Bereits beim vorherigen Mal, als Sie gewisse Dinge öffentlich gemacht haben, sagte ich: Wir haben eine Kontrollfunktion. Wir, das Parlament und die Ausschüsse, haben die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren. Dieser Kontrollfunktion müssen wir nachkommen. Das bedeutet, dass wir auch in einer solch entscheidenden Phase des Verfahrens die Möglichkeit erhalten müssen, sollen, dürfen, die Kontrollfunktion derart wahrnehmen zu können, wie es nötig ist. Ich nenne gerade diesen dritten Bieter, weil es auch in der Vergangenheit unterschiedliche Aussagen gab, wer denn wirklich hinter diesem Bieter steckt.

Herr Vorsitzender, bitte sehen Sie es mir nach, dass ich etwas lang werden muss. Wir befinden uns jetzt in einem entscheidenden Stadium. Rein theoretisch kann dieser Bieter den Zuschlag erhalten. Soweit er, Stand heute, noch Bieter ist, was ich nicht weiß. Da nun einmal aus der Recherche hervorgeht, dass es für ihn eine Reihe möglicher Gründe gibt, den Flughafen zu kaufen, ist es wichtig, im Rahmen unserer Kontrollfunktion darüber informiert zu werden. Es gibt unterschiedliche Formen, in denen das geschehen kann. Sie sind Ihnen nicht unbekannt.

Deswegen will ich zu Beginn, weil wir noch im öffentlichen Teil sind, daran appellieren, dass wir unsere Kontrollfunktion auch wahrnehmen können.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank. Ich sehe keine weiteren Wünsche zur Antragsbegründung. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

Herr Staatsminister Lewentz: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin seit 1994 Landtagsabgeordneter. Es wäre vermessen, Ihnen diese Kontrollrechte nicht zuzugestehen. Dafür ist das Parlament da. Das ist vollkommen klar. Wir werden entlang der Regularien informieren. Ich bin hier schon so lange politisch unterwegs, dass ich das Stöckchen erkannt habe, aber nicht darüber springen werde und mich im öffentlichen Teil nicht mit den konkreten Unternehmen beschäftigen werde. Wir müssen gleich in vertraulicher Sitzung versuchen, so weit wie möglich zueinander zu kommen. Das gleiche gilt für die Zahlenwerke von KPMG. Wir haben dazu eine Vereinbarung mit KPMG. Wir haben, auch auf die Bitte des Parlaments hin, mit KPMG noch einmal gesprochen, dass es doch sehr vernünftig wäre, wenn wir die Originalvereinbarung vorlegen. Das Einverständnis kam, und wir haben die Vereinbarung vorgelegt, sodass alle in das Originalpapier hineinschauen konnten.

Deshalb will ich noch einmal daran erinnern – und ich freue mich, dass Herr Professor Jonas heute erneut den Weg zu uns gefunden hat –, dass wir Ende September bzw. Anfang November bereits intensiv über die damaligen Sachstände des Verkaufsprozesses, des Bieterverfahrens berichtet haben. Allein unser Ministerium hat in den vergangenen Monaten weit über 50 parlamentarische Anfragen beantwortet. Es ist uns sehr wichtig, die gestellten Fragen soweit das geht und in der dann möglichen Form zu beantworten.

Sie wissen, dass Ende Oktober 2016 die Frist für die Abgabe der verbindlichen Angebote abgelaufen ist. Sie wissen auch, dass dies keine Ausschlussfrist ist. Es können auch weiterhin Angebote abgegeben werden. Herr Professor Jonas und seine Kolleginnen und Kollegen haben – darüber wird er gleich informieren – die Angebote intensiv geprüft. Wir kommen jetzt zu dem nächsten Verfahrensschritt.

Unter dem Tagesordnungspunkt 6 ist die Vereinbarung mit KPMG genannt. Was ich hier sagen will, ist: Wir stehen nun am Beginn der dritten und auf einen Abschluss gerichteten Phase des Verkaufsprozesses. Wir glauben, dass es jetzt der richtige Zeitpunkt war, dass wir diesen Wechsel vornehmen konnten. Das Land Rheinland-Pfalz und die Beratungsgesellschaft KPMG haben sich einvernehmlich darauf verständigt, dass KPMG die Begleitung des Verkaufsverfahrens der FFHG an die Sozietät Warth & Klein Grant Thornton übergibt. Sie wissen, dass dies vor dem Hintergrund unterschiedlicher Auffassungen zur Beurteilung der von KPMG im Zusammenhang mit dem gescheiterten Verkaufsprozess an Shanghai Yiqian Trading erbrachten Leistungen geschehen ist.

10. Sitzung des Innenausschusses am 01.12.2016
– Öffentliche Sitzung –
– Teil 1 –

Über die Honorarregelung und die einzelnen Aufteilungen können wir nur in vertraulicher Sitzung berichten. Das war heute Morgen ungefähr eineinhalb Stunden Gegenstand der Debatte im Haushalts- und Finanzausschuss. Herr Staatssekretär Stich, der in dem Ausschuss war, wird gleich entsprechend informieren.

Ich will allerdings eines zurückweisen. Herr Kollege Licht, Sie haben die Wortwahl nicht mehr wiederholt: die des Schweigegeldes. Ich glaube, Sie haben die Originalvereinbarung gelesen. Daraus weiß man, dass das ein völlig falscher Begriff ist. Es würde auch einen völlig falschen Eindruck erwecken, sowohl von der Regierung, allerdings in diesem Falle auch von KPMG. Deswegen will ich auch im Interesse der KPMG diese Wortwahl ausdrücklich zurückweisen.

(Herr Abg. Licht: Von einer Verschwiegenheitserklärung aus ist man leicht beim Schweigegeld! –
Herr Abg. Noss: Aber auch nur, wenn man Phantasie hat!)

– Herr Kollege Licht, so sollte man es nicht interpretieren. Ich weise das auf das Schärfste zurück.

Ich möchte nun gerne Herrn Professor Jonas bitten zu sagen, was wir in öffentlicher Sitzung sagen können. Danach würde ich den Vorsitzenden bitten, Vertraulichkeit herzustellen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Professor Jonas hat das Wort.

Herr Prof. Dr. Jonas (Senior Partner der Warth & Klein Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft): Gerne berichte ich über den aktuellen Stand des Verkaufsverfahrens. Ganz kurz rekapituliert: Dieses Verfahren ist im Juli wieder eröffnet worden. Anfang September hatten wir 13 Interessenten mit sogenannten substantiierten Interessensbekundungen. Aus diesen 13 Interessenten sind dann Anfang November sechs Bieter geworden, die bindende Angebote abgegeben haben und die einen Sicherheitsbetrag von 250.000 Euro eingezahlt haben.

Die Angebote dieser sechs Bieter haben wir in den ersten zwei Novemberwochen sehr sorgfältig analysiert und miteinander verglichen. Die Ergebnisse der Analyse und des Vergleichs waren, dass sich drei Angebote in den finanziellen Eckpunkten deutlich von den drei anderen Angeboten unterschieden. Deswegen haben wir Mitte November die Bieter informiert, und zwar differenziert informiert. Wir haben die drei hinsichtlich ihrer Angebotsdaten attraktiveren Bieter aufgefordert, mit uns Verhandlungen aufzunehmen. Wir haben die drei Bieter mit den finanziell schlechteren Angeboten darüber informiert, dass ihre Angebote nicht wettbewerbsfähig sind. Wir haben sie aufgefordert, dass der Sicherheitsbetrag wieder zurückempfangen wird.

Im Nachgang hat einer der Bieter, der ein finanziell unattraktives Angebot abgegeben hatte, davon Gebrauch gemacht, dass das Verfahren nach wie vor ein offenes Verfahren ist. Er hat ein neues Angebot mit einem deutlich höheren Kaufpreis in das Verfahren eingereicht. Deshalb haben uns in der vergangenen Woche vier Angebote vorgelegen, die hinsichtlich ihrer finanziellen Eckdaten zunächst einmal attraktiv waren.

Parallel zu dieser Vorbereitung und der vor einigen Tagen begonnenen Verhandlung finden vor Ort Überprüfungen der Bieter statt. Ich denke, auch wenn Sie gerade einzelne Namen ins Spiel gebracht haben – einzelne Bieter haben sich selbst öffentlich gemacht –, würde ich es gerne vermeiden, Namen zu nennen. Es finden Überprüfungen statt. Sie können sicher sein, dass ein Bieter, der nur ein kleines Unternehmen und nur wenige Mitarbeiter hat – solch einen Namen nannten Sie gerade –, alleine mit diesem Hintergrund nicht die Aussicht haben kann, den Verhandlungsprozess bis zum Ende erfolgreich durchzustehen.

Hinsichtlich der Bieter sind wir weitgehend zu dem Schluss gekommen, dass sie keine Fragen aufwerfen, was ihre persönliche Integrität angeht. Wir haben keine Anhaltspunkte, die Anlass geben würden, mit diesen Bietern nicht zu verhandeln. Ein Bieter hat unseres Erachtens persönliche und wirtschaftliche Beziehungen zu einer sogenannten politisch exponierten Person, die zudem sehr vermögend ist. Das wirft weitere Fragen auf, denen nachzugehen ist. Das Gute daran ist: Es bedeutet, dass im Hintergrund dieses Bieters jemand mit sehr, sehr viel Geld steht. Das Risiko ist, wir wissen nicht, woher dieses Geld

10. Sitzung des Innenausschusses am 01.12.2016
– Öffentliche Sitzung –
– Teil 1 –

stammt. Wir beschäftigen uns also mit der Seriosität und Integrität von vier Bietern oder vier Bieterkonsortien.

Im Laufe der Vorbereitung der Verhandlung wie auch im Laufe der begonnenen Verhandlung hat sich gezeigt, dass in der Konkretisierung der Eckdaten ein Bieter sein Angebot insofern präzisiert hat, als dass es sich von den drei übrigen Angeboten finanziell deutlich negativ abhebt. Deshalb haben wir heute Morgen einem der Bieter mitgeteilt, wir werden mit ihm nicht mehr weiter verhandeln. Seit heute haben wir wieder drei Bieter, mit denen wir verhandeln, teilweise schon verhandelt haben und teilweise in den nächsten Wochen weiter verhandeln.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Herr Professor Jonas.

Herr Minister Lewentz hat darum gebeten, für weitere Informationen die Vertraulichkeit herzustellen. Ich bitte zunächst, dass wir die Nichtöffentlichkeit herstellen, damit wir den entsprechenden Beschluss fassen können.

Der Ausschuss beschließt in **nicht öffentlicher Sitzung**, die Sitzung **vertraulich** fortzusetzen.

(Fortsetzung in **vertraulicher Sitzung**
– siehe Teil 2 des Protokolls –.)

Die Anträge – Vorlagen 17/591/603/631/646 – haben in vertraulicher Sitzung ihre Erledigung gefunden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Stand der Planungen zum Bau der Mittelrheinbrücke

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der CDU

– Vorlage 17/600 –

Herr Staatsminister Lewentz teilt mit, Herr Landrat Dr. Bröhr habe an den rheinland-pfälzischen Verkehrsminister Herrn Dr. Wissing folgenden Brief mit der Benennung Mittelrheinquerung St. Goar/St. Goarshausen gerichtet: Sehr verehrter Herr Staatsminister Dr. Wissing, nach abermaligem Nachdenken komme ich zu der Erkenntnis, dass es ein Fehler gewesen ist, Ihre freundliche Bereitschaft, vor dem Kreistag des Rhein-Hunsrück-Kreises zum Thema Mittelrheinbrücke vorzutragen, auszuschlagen. Diesen Fehler möchte ich mit diesem Schreiben korrigieren. Ich lade Sie deshalb herzlich zur Kreistagssitzung am 12. Dezember 2016, 14:30 Uhr in die Kreisverwaltung Simmern ein. Ich freue mich schon darauf, Ihre Vorstellungen über die zügige Realisierung der Mittelrheinbrücke zu hören. Außerdem gehe ich davon aus, dass Sie sicher zudem auch die Bereitschaft haben, den interessierten Kreistagsmitgliedern Rede und Antwort zu stehen. –

Er sehe dies als erfreuliches Zeichen, weil dieser Brief die erwartete und erhoffte Weiterentwicklung bedeute.

Hinweisen wolle er in diesem Zusammenhang auf die Pfaffendorfer Brücke in Koblenz und die Theodor-Heuss-Brücke in Mainz, bei denen es sich ebenfalls um kommunale Brücken handele, auch wenn hier zwei Städte und nicht zwei Landkreise involviert seien. Diese Beispiele zeigten aber, dass bei einer möglichst großen Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, finanzielle Regelungen im Sinne aller drei Beteiligten, den beiden Landkreisen und dem Land, gefunden werden könnten. Diese nun gezeigte Gesprächsbereitschaft von allen drei Seiten begrüße er deshalb sehr.

Auf Bitten von Herrn Vors. Abg. Hüttner sagt Herr Staatsminister Lewentz zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zukommen zu lassen.

Des Weiteren kommt der Ausschuss überein, die im Antrag gestellten Fragen gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 der Vorl. Geschäftsordnung des Landtags mit Einverständnis der Antragstellenden und der Landesregierung mit der Maßgabe für erledigt zu erklären, dass die Landesregierung die Fragen schriftlich beantwortet.

Der Antrag – Vorlage 17/600 – hat seine Erledigung gefunden.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Aktueller Sachstand eines Disziplinarverfahrens beim Polizeipräsidium Trier mit Bezug zur sogenannten „Reichsbürgerbewegung“

Antrag nach § 76 Abs. 4 Vorl. GOLT
Ministerium des Innern und für Sport
– Vorlage 17/684 –

Herr Staatsminister Lewentz trägt vor, bereits in der vorhergehenden Sitzung des Innenausschusses am 3. November 2016 habe er über einen Polizeibeamten berichtet, dessen Ehefrau Schreiben verfasst habe, deren Inhalte offenkundig einen staats- und verfassungsverneinenden Charakter zeigten und offenbar der Gruppierung der „Reichsbürger“ zuzurechnen seien.

Der Polizeibeamte sei Mitarbeiter des Polizeipräsidioms Trier und im Bereich der Polizeidirektion Trier eingesetzt. Um zu klären, inwieweit er ebenfalls mit der sogenannten Reichsbürgerbewegung sympathisiere, seien am 27. Oktober Ermittlungen aufgenommen worden.

Im Rahmen dieser Ermittlungen habe sich der Verdacht erhärtet, dass der Beamte Verbindungen zur sogenannten Reichsbürgerbewegung haben könnte. Daher habe der Präsident des Polizeipräsidioms Trier am 10. November ein Disziplinarverfahren eingeleitet. In diesem Verfahren habe sich am 25. November der Verdacht in einer Weise konkretisiert, dass der Polizeipräsident unverzüglich das Verbot der Führung der Dienstgeschäfte verfügt und deren Sofortvollzug angeordnet habe. Außerdem sei der Beamte aufgefordert worden, noch in seinem Besitz befindliche Ausrüstungsgegenstände sowie die Dienstkleidung abzugeben. Darüber hinaus sei ihm untersagt worden, Dienstkleidung und Dienstausrüstung zu tragen und sich in Diensträumen und dienstlichen Unterkunftsräumen aufzuhalten. Des Weiteren sei ein Zugang zum polizeilichen Netzwerk gesperrt worden. Bereits Anfang November seien vorsorglich die Dienstwaffe samt Munition sowie der Schlagstock eingezogen worden, zudem sei der Beamte auf eine andere Dienststelle umgesetzt worden.

Bei dem ausgesprochenen Verbot der Führung der Dienstgeschäfte handele es sich um eine Maßnahme, um schnell auf das Verhalten einer Beamtin oder eines Beamten reagieren zu können. Aktuell werde durch den Dienstvorgesetzten geprüft, ob das Verbot in eine vorläufige Dienstenthebung auf der Grundlage des Disziplinarrechts überführt werden könne. Eine vorläufige Dienstenthebung setze voraus, dass ein Disziplinarverfahren voraussichtlich auf Entfernung aus dem Dienst erkennen werde.

Auf Bitten von Frau Abg. Blatzheim-Roegler sagt Herr Staatsminister Lewentz zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zukommen zu lassen.

Der Antrag – Vorlage 17/684 – hat seine Erledigung gefunden.

Herr Vors. Abg. Hüttner spricht die bevorstehende Informationsreise des Ausschusses an. Als thematischer Rahmen sei der Bereich der Polizei und des Katastrophenschutzes in den baltischen Ländern angedacht. Um das Programm im Detail und einen Termin abzusprechen, werde die Landtagsverwaltung auf die Sprecher der Fraktionen zukommen.

Er habe die Landtagsverwaltung gebeten, das dafür zur Verfügung stehende Budget so zu planen, dass noch eine zweite Informationsreise innerhalb dieser Legislaturperiode möglich sei.

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt er die Sitzung.

gez. Berkhan
Protokollführerin

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

| | |
|--------------------------|-----------------------|
| Guth, Jens | SPD |
| Hüttner, Michael | SPD |
| Noss, Hans Jürgen | SPD |
| Scharfenberger, Heike | SPD |
| Schwarz, Wolfgang | SPD |
| Beilstein, Anke | CDU |
| Dötsch, Josef | CDU |
| Lammert, Matthias | CDU |
| Licht, Alexander | CDU |
| Junge, Uwe | AfD |
| Weber, Marco | FDP |
| Blatzheim-Roegler, Jutta | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |

Für die Landesregierung:

| | |
|-----------------|--|
| Lewentz, Roger | Minister des Innern und für Sport |
| Stich, Randolph | Staatssekretär im Ministerium des Innern und für Sport |

Warth & Klein Grant Thornton AG, Düsseldorf

Jonas, Prof. Dr. Martin

Landtagsverwaltung:

| | |
|-----------------------|--|
| Follmann, Karin | Regierungsdirektorin |
| Berkhan, Claudia | Oberregierungsrätin im Sten. Dienst des Landtags (Protokollführerin) |
| Weichselbaum, Philipp | Mitarbeiter der Landtagsverwaltung (Protokollführer) |
| Bicking, Susanne | Hospitantin |